Gegen das Leipziger Tendenz-Urteil

Verhindert die Vollstreckung der Todes-Urteile!

Werktätige in Stadt und Land!

Der weiße Terror wütet in bestialischer Weise in allen kapitalistischen Ländern. Die Bourgeoisie setzt den gesamten Staatsapparat gegen die werktätigen Massen ein, um diese zu hindern, ihren Kampf gegen das ungeheuer wachsende Massenelend mit Erfolg zu führen. In der grausamsten Weise werden die kämpfenden Arbeiter niedergeschlagen. Zu Tausenden werden sie in die Kerker geworfen und den schlimmsten Torturen ausgesetzt. Durch einen barbarischen Strafvollzug rächt sich die Bourgeoisie an den politischen Gefangenen.

In Deutschland fällte der „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik" am 22. April 1925 gegen 16 Angeklagte

ein Tendenzurteil schlimmster Art,
3 Todesurteile,
71 Jahre 4 Monate Zuchthaus
10 Jahre Gefängnis,
5100 Mark Geldstrafe

wurden verhängt. In dem zehnwöchigen Prozeß stützte sich der Anklagevertreter fast nur auf die Aussagen von Polizeiagenten. In dem 13 monatlichen Untersuchungsverfahren wurden die Beschuldigten im Gefängnis den schlimmsten Martern unterworfen, um „Geständnisse" zu erpressen. Die Verteidigung der Angeklagten wurde in der skandalösesten Weise beschränkt. Gegen diesen Urteilsspruch gibt es keine gesetzliche Berufungsmöglichkeit. Die Vollstreckung der Todesurteile hängt nur noch von der Gnade des Reichspräsidenten ab.

Das unterzeichnete Komitee richtet die Aufforderung an die werktätigen Massen in allen Betrieben und Organisationen, sofort von dem deutschen Reichstag und der Reichsregierung die

Aufhebung des Leipziger Tendenzurteils und Vollamnestie für alle politischen Gefangenen

zu verlangen. Da es mehr als fraglich ist, ob der neugewählte Reichspräsident die in Leipzig gefällten Todesurteile aufhebt, so besteht die Gefahr ihrer Vollstreckung für die allernächste Zeit. Es ist deshalb die größte Eile geboten, um diesen Justizmord zu verhindern.

Arbeiter, Klassengenossen! Säumt keinen Tag. Tretet sofort in den Betrieben und Organisationen zusammen und faßt eure Beschlüsse. Sendet sie sofort dem Reichstage und der Reichsregierung zu. Fordert weiter von diesen Körperschaften die Beseitigung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, der ein Ausnahmegericht gegen das klassenbewußte kämpfende Proletariat ist. **Fordert die Aufhebung des Republikschutzgesetzes, das ein Ausnahmegesetz nur gegen die Arbeiterschaft ist, die um ihre Befreiung aus Not und Elend kämpft.**

Verhindert den Justizmord! Größte Eile tut not!
Übt proletarische Klassensolidarität!
Schafft Rote Hilfe!

Berlin, den 4. Mai 1925.

Zentralkomitee
Rote Hilfe Deutschland.

Der Marsch zu den Monarchisten in Preußen

Berlin. Die Kuhhandeleien des sogenannten Interfraktionellen Ausschusses der „Volksblock-Parteien" gehen weiter. Das Zentrum und die Demokraten versuchen, Verbindung mit den Deutschen Volksparteilern zu erlangen, um die große Koalition bilden zu können. Die Sozialdemokraten entschuldigen sich weiter und versichern, daß sie keinerlei Verhandlungen mit den Kommunisten aufgenommen hätten. Die Presse der Deutschnationalen läßt dagegen Versuchsballons steigen, die von einem kommenden Beamtenkabinett sprechen. Vorläufig sind die Besprechungen des Ausschusses noch nicht zu Ende, es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß das Zentrum nach rechts abschwenkt.

Generalstreikbeschluß der Gelsenkirchener Metallarbeiter gegen Hindenburg

Gelsenkirchen, 5. Mai. **Auf der gutbesuchten Versammlung der Ortsverwaltungsstelle Gelsenkirchen des DMV. wurde nach eingehender Debatte gegen die Stimmen der SPD. eine Resolution angenommen, und zwar mit Vierfünftel-Majorität, die sich mit den Forderungen des Offenen Briefes der KPD. einverstanden erklärte und vom ADGB. die Proklamierung des 24stündigen Generalstreiks am Einzugstage Hindenburgs in Berlin fordert.**

Bäckerstreik in Essen

Essen, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Bäcker der sechs größten Brotfabriken in Essen, sowie von allen Brotfabriken von Oberhausen, Duisburg, Hamborn und Mühlheim sind wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten.

Holzarbeiteraussperrung in Schlesien

Breslau. Der Landesverband für das Holzgewerbe in Schlesien hat die Gesamtaussperrung der Holzarbeiter ab 6. Mai beschlossen, weil er mit einem Spitzenlohn von 76 Pf. ab 17. Juni nicht einverstanden ist.

Neuer Kommunistenprozeß

TU. **Leipzig,** 5. Mai. Vor dem Staatsgerichtshof begann gestern ein großer Hochverratsprozeß gegen hannoversche Kommunisten. Es sind angeklagt: der Kesselschmied Ernst Ehlert, der Schlächter Erich Schmidt, der Sattler Otto Meyer, alle drei aus Hannover, der Sattlermeister Friedrich Prochl aus Duelhorn, der Schlosser Heinrich Erxmeyer aus Walsrode, der Dreher Friedrich Clausing aus Vorbrück und der Zimmermann Rickmann, Walsrode.

Genosse Steinicke wieder frei!

Berlin, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Genosse Steinicke ist heute aus dem Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist entlassen worden. Wir begrüßen den Genossen Steinicke in der preußischen Freiheit. Wir wissen, daß er trotz der langen Gefängnishaft sich sofort wieder in die Kampffront des Proletariats einreihen wird.

Der Kampf gegen die Kommunisten

Die Hamburger Kriminalpolizei beschlagnahmte in der Parteibuchhandlung die Broschüre von A. Maslow. Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917.

Arbeiter, lest kommunistische Literatur!

Sozialdemokratische Arbeiter als Opfer der Klassenjustiz

Weimar, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Sozialdemokratische Arbeiter, die sich bei der Gemeindewahl des thüringischen Städtchens Gehren gegen Angriffe der Hakenkreuzler zur Wehr gesetzt hatten, wurden 2 zu je 2 Monaten, 4 zu je 14 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt. Der Antrag der Sozialdemokraten, die völkischen Rowdys zu bestrafen, wurde vom Amtsanwalt abgelehnt.

Neuer Sinowjew-Schwindel der Telunion

Die berüchtigte Telunion verbreitet neuerdings wieder den Schwindel von der Forderung der Komintern an die KPD., zur Reichspräsidentenwahl einem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben.

Der Aufruf der Exekutive, den wir am 2. Mai in der „Arbeiterstimme" veröffentlichten, widerlegt einwandfrei den Schwindel. Schon vor dem Tode Eberts stand für die SPD. der Zentrumsmann Marx als Kandidat beim zweiten Wahlgang fest, das erklärt der Sozialdemokrat Paul Levi ganz offen! Kann man den Schwindel besser widerlegen?

Für Auflösung der Teno

Die Spitzenverbände der freien, Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften haben in einem gemeinsamen Schreiben an die beteiligten Ministerien, an die Reichstagsfraktionen und an den Reichskanzler die Auflösung der „Technischen Nothilfe" gefordert.

Nachdem die Kommunisten die Frage der Auflösung der Teno in ihrem Offenen Brief an den ADGB. erneut in den Mittelpunkt gestellt haben, hat sich im Proletariat eine starke Bewegung gegen die Teno bemerkbar gemacht. Nun greifen die Gewerkschaften diese Forderung auf, um sie zu sabotieren, um den Massen sagen zu können: Wir haben etwas getan. Dagegen ist notwendig, einen Massendruck von außen her gegen die Teno zu entfalten.

Die Dawesbahn gegen die Arbeiterlöhne

Berlin, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Direktor der Reichsbahn Homberger hielt vor Vertretern der Presse heute eine Rede über die Lage der Reichsbahn, in der er erklärte, daß seit Oktober 1923 235 000 Beamte abgebaut seien. Ueber das Gehalts- und Lohnniveau der Beamten und Arbeiter erklärte er, daß gegenüber der amtlichen Lebenshaltungsziffer von 135,6 die entsprechende Ziffer für das Beamtengehalt 152 betrage. Bei den unteren Gehaltsgruppen (1—5) seien die Erhöhungen bis auf 88 Prozent über Friedenshöhe gestiegen. Gegenüber eventuellen weiteren Lohnforderungen der Arbeiter machte Homberger dadurch scharf, daß er erklärte, jede weitere Lohnerhöhung würde eine Tariferhöhung zur Folge haben. Der finanzielle Stand der Reichsbahn sei durch die Dawesbelastung nicht gut, trotzdem sei die Zahlung für den 1. September bereits sichergestellt.

Die Folgen der Dawes-Sanierung

Dortmund, 6. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Entlassungen und Feierschichten. Auf der Zeche Adolf Hansemann, Mengede, wurde am 1. 5. wieder 41 Mann gekündigt. Begründet wurde diese Kündigung mit Betriebseinschränkung und Absatzmangel. Trotz alledem stellte aber die Verwaltung neue Leute ein. Auf der Schachtanlage Trenonia-Dortmund wurden 50 Arbeiter entlassen.

Die „Eisenbahn-Werkstätten" Dortmund entließen 80 Lehrlinge, die ihre vierjährige Lehrzeit beendet haben.

Auf der Schachtanlage Scharnhorst wurden am Mittwoch und Freitag Feierschichten eingelegt.

Arbeiterentlassungen

Buer, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Auf der Schachtanlage „Matthias Stinnes 3, 4, Brauck" sind 36 Arbeiter zum 15. Mai gekündigt worden. Unter den Gekündigten befindet sich ein kommunistischer Knappschaftsältester.

Schweres Explosionsunglück

Berlin, 5. Mai. **Auf der Grube Glanzenberg bei Silberg wurden, wie die „Vossische Zeitung" aus Siegen berichtet, bei der Entzündung eines Dampfkessels zwei Kesselheizer getötet, ein Maschinenmeister schwer verletzt und zwei Arbeiterinnen, die sich in einem dem Kesselhaus benachbarten Raume befanden, leicht verletzt. Die Untersuchung über die Ursache des Unfalles ist im Gange.**

Neues Grubenunglück in Schottland

London, 6. Mai. (Telunion.) Infolge eines Kabelbruches stürzte ein Förderkorb mit Bergleuten in einen Schacht in Carluke. Vier Arbeiter wurden getötet.

Neue Kriegsrüstungen in Italien

Rom, 6. Mai. Im Senat wurde gestern das Heeresbudget angenommen. Der Heerführer Caviglia führte dabei aus, daß nach 20 Jahren eine einzige Großmacht die Hegemonie in Europa habe. Das werde so lange dauern, bis Deutschland und Rußland ihre alte Stellung wieder voll einnehmen können. Italien habe dazu beigetragen, dieser Großmacht die Hegemonie zu verschaffen.

Neun rumänische Genossen standrechtlich erschossen

Rumänien für eine antibolschewistische Balkankonferenz.

Bukarest, 5. Mai. **Die kommunistischen Genossen Antonow Byhor, Schwartz, Golvin, Gruev, Boicu, Linezeff, Athanasiew und Bornbock wurden in Kischinew standrechtlich erschossen. Seit die bulgarische Zankoff-Regierung ihre verschärfte Mordkampagne gegen die bulgarischen Revolutionäre begann, wütet auch die rumänische Regierung mit vergrößerter Brutalität gegen die Kommunisten.**

Der Ministerrat befaßte sich in einer langen Nachtsitzung mit der Bekämpfung der kommunistischen Gefahr. Die rumänische Regierung wird sich mit Sofia und Belgrad ins Einvernehmen setzen, um Anfang Mai eine **Konferenz der Balkanstaaten für eine einheitliche Zusammenarbeit gegen Moskau** vorzuschlagen.

Der Block National unterlegen

Die Kommunisten gut abgeschnitten.

Paris, 5. Mai. Der Ausgang der Gemeinderatswahlen vom Sonntag ist als ein großer Sieg des Linkskartells zu betrachten, obgleich das endgültige Ergebnis erst nach den auf den nächsten Sonntag anberaumten Stichwahlen feststehen wird. Das Linkskartell hat schon im ersten Wahlgang einen solchen Erfolg, daß man mit einer Bestätigung des Sieges vom 11. Mai vorigen Jahres rechnen kann. Welche Resultate für die Kommunisten gewonnen wurden, läßt sich deshalb noch nicht genau feststellen, weil eine Reihe von Abgeordneten der KPP. am nächsten Sonntag in die Stichwahl kommen werden. Trotz der Taktik der französischen Partei, die unter gewissen Bedingungen das Linkskartell unterstützt hat, so daß sich die kommunistischen Stimmen nicht überall zeigen können, wird der Bestand der kommunistischen Stimmen gehalten sein. In der „Ere nouvelle" heißt es: Ueberall sind die Nationalisten im Rückstand, überall ist das Kartell der Linken im Fortschritt. Die Kommunisten scheinen in gewissen Orten Terrain gewonnen zu haben, in denen sie Gelegenheit hatten, ihre Propaganda zu entwickeln.

Die KPD. kämpft für die Interessen der Proletarier

Die Fraktion der Kommunistischen Partei hat im sächsischen Landtag folgende Anträge eingebracht:

Gegen die Verteuerung der Arbeiterfahrten.

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung zu beauftragen:

bei der Reichsregierung dahin zu wirken:

daß der seit 1. Mai in Kraft getretene 10prozentige Aufschlag der Eisenbahntarife auf die Arbeiterwochenkarten und die 4. Wagenklasse bei Fahrten bis zu 20 Kilometer, sowie bei Sonntagsausflugskarten 3 und 4 Kilometer bis zu 100 Kilometer nicht erhoben wird.

Dresden, den 5. Mai 1925. Renner und Genossen.

Für die Tariflohnzahlung an Erwerbslose.

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, dahin zu wirken, daß den bei dem Bau der Bobsleighbahn in Geising beschäftigt gewesenen Erwerbslosen der Tariflohn, der für die einschlägigen Straßenbauarbeiten in Frage kommt, nachgezahlt wird.

Dresden, den 5. Mai 1925. Renner und Genossen.

Gegen die Polizeiwillkür.

Anfrage.

Am 1. Mai dieses Jahres wurde in Leipzig der Demonstrationszug der KPD. durch ein starkes Polizeiaufgebot gehindert, durch das Innere der Stadt zu demonstrieren. Selbst in den Vororten wurden einige Hauptstraßen gesperrt. Der SPD. dagegen wurde die Demonstration und Versammlung im Stadtinnern erlaubt.

Wir fragen die Regierung:

1. Deckt sie das offensichtliche verfassungswidrige Verhalten der Leipziger Polizei und ihres verantwortlichen Leiters?
2. Ist sie bereit, in Zukunft allen Parteien ihre verfassungsmäßigen Rechte zu gewährleisten?
3. Ist sie bereit, die verantwortlichen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen?

Dresden, den 5. Mai 1925. Renner und Genossen.

Gegen den Mietwucher.

Antrag.

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu beauftragen, die am 1. Mai 1925 durchgeführte Mietpreiserhöhung von 70 auf 75 Prozent sofort rückgängig zu machen.

Dresden, den 5. Mai 1925. Renner und Genossen.

Roter Massenaufmarsch gegen den Deutschen Tag in Aue

Am Sonntag wurde als Gegenkundgebung gegen den von den Faschisten abgehaltenen Deutschen Tag in Aue ein Roter Tag abgehalten. 3000 revolutionäre Arbeiter waren in Aue aufmarschiert. Zwar betrug die Zahl der anwesenden Faschisten nicht ganz das Doppelte, aber diese hatten ihre Anhänger aus Sachsen, Bayern, Schlesien und anderen Teilen des Reiches zusammengezogen, während die revolutionären Organisationen nur einen kleinen Teil ihrer Mitglieder, nur den Unterbezirk Schwarzenberg und Delegierte aus Chemnitz und Zwickau entsandt hatten. Der Aufmarsch machte auch hier großen Eindruck auf das Bürgertum. Ein Drittel des Zuges bestand aus Frontkämpfern, ebenso schlossen sich die Frauen mit roten Tüchern dem Zuge an. Die Faschisten hatten die Parole herausgegeben, die aufmarschierenden revolutionären Arbeiter nicht zu provozieren. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Nach Schluß des Aufmarsches begaben sich die Genossen zur Landpropaganda.

Barmat in Sachsen

Auch der sächsische Landtag hat seinen Barmat-Ausschuß. Gestern hat die 3. Sitzung dieses Ausschusses stattgefunden. Die Sitzung war öffentlich. Vernommen wurden als Zeugen die Herren Dr. Hübel, Oberregierungsrat Mühler, und der Beigeordnete Kranke. Dr. v. Hübel war seinerzeit Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium. Er sagte aus, daß er dem Minister Schwarz angeordnet habe, mit Barmat die geschäftlichen Verbindungen aufzunehmen. Die ersten zwei Geschäfte mit Barmat waren gut, der Staat verdiente dabei. Die zwei letzten Geschäfte waren schlecht. Als Vermittler, Begutachter und Verteiler der Waren kam die Firma Münch, Dresden, in Frage. Herr Gatzweiler war der Prokurist dieser Firma. Bei der dritten Lieferung hat eine Erhöhung der Preise vorgenommen werden müssen, der Speck, der geliefert worden ist, war ungenießbar. v. Hübel sagt aus, daß weder Herr Kranke noch einer der Herren aus der Regierung persönlich an der Erteilung des Auftrages an Barmat interessiert waren. Auf eine Anfrage des Gen. Siewert wird bestätigt, daß die Notlage von den Spekulanten vielfach ausgenutzt worden ist.

Der zweite Zeuge Oberregierungsrat Mühler bestätigt im wesentlichen die Aussagen des Herrn Dr. v. Hübel. In einem Punkt aber zeigen sich erhebliche Differenzen. Der Herr Oberregierungsrat stellt fest, daß die Waren immer gut waren. Ihm ist von der Lieferung von ungenießbarem Speck nichts bekannt. Zeuge sagt aus, daß die Geschäfte mit Barmat durch Gatzweiler vermittelt worden sind. Für Uebernahme, Vermittlung und Verteilung der Waren erhielt die Firma Münch eine Provision, die nach Angabe des Herrn v. Hübel 2—5 Prozent betragen haben soll. Auch dieser Zeuge erklärt, daß weder Herr Schwarz noch Herr Kranke persönlich von der Erteilung des Auftrages an Barmat interessiert waren.

Der dritte Zeuge, der Beigeordnete Kranke, der Vertrauensmann des Wirtschaftsministers Schwarz, schildert den Gang der Geschäfte ähnlich so wie der Oberregierungsrat Mühler. Auf Anfragen des Gen. Siewert erklärt er, daß weder er noch Schwarz persönliche Vorteile dabei fanden. Zeuge bestätigt, daß von den Großhandelsfirmen damals im allgemeinen die Notlage ausgenutzt worden ist, die Geschäftspraktiken waren andere als die vor dem Kriege üblichen.

Auffallend bei diesen Aussagen ist, daß die sächsische Regierung als Begutachter für Waren fast ausschließlich die Firma Münch und ihren Prokuristen Gatzweiler benutzte. Die Firma hat an diesen Geschäften ganz nette Summen verdient. Die Zeugenvernehmung wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

Wir haben das Gefühl, daß in der damaligen Zeit im allgemeinen Geschäfte getätigt worden sind, wo unter Ausnutzung der besonderen Notlage durch Kettenhandel und Schiebungen aller Art Extraprofite erzielt worden sind. Die ganze Gesellschaft hat gestunken, und in diesem Rahmen haben sich auch die Geschäfte der sächsischen Regierung bewegt.